

Antwort:

Es wurde möglich durch das real existierende Kräfteverhältnis in der Welt und durch die gemeinsam beratene und koordinierte Friedenspolitik der Sowjetunion und der sozialistischen Staatengemeinschaft, einschließlich der Deutschen Demokratischen Republik. Die Politik des Friedens und der Entspannung wird in wachsendem Maße von den Völkern unterstützt; das betrifft auch das Volk der Bundesrepublik Deutschland. So konnten wir bereits auf der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1969 feststellen, daß reale Möglichkeiten bestehen, die wichtigsten Probleme der Gegenwart im Interesse des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus zu lösen. Diese Möglichkeiten wurden von der Sowjetunion und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft zielstrebig und beharrlich genutzt. Nun zeigt diese aktive Friedenspolitik Erfolge. Was die Deutsche Demokratische Republik betrifft, so haben wir auf dem VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erklärt: Wir stehen allen Vorschlägen und Ideen, die das friedliche Zusammenleben der europäischen Völker und Staaten fördern, aufgeschlossen gegenüber - gleich, von welcher Seite sie vorgebracht werden. Wir haben unsere Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, auf Schritte der Regierung Brandt, die der realen Lage Rechnung tragen, positiv zu reagieren. Wir haben weiter gesagt, daß wir entschlossen sind, alles in unseren Kräften Stehende zu tun, um jene Fragen einer Lösung zuzuführen, die heute noch die Lage in Europa belasten und das Zusammenleben der Völker stören. Das sind nicht nur Worte, so handeln wir auch. In diesem Sinne haben wir jeden Schritt der Sowjetunion und aller sozialistischen Bruderländer zur Festigung des Friedens unterstützt.

Frage:

Und welche Schritte hat die Deutsche Demokratische Republik von sich aus unternommen?

Antwort:

Wir haben selbst zahlreiche Initiativen ergriffen, um unseren konstruktiven Beitrag für das gemeinsame Ziel zu leisten. Ich erinnere zum Beispiel an den Vorschlag des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Walter Ulbricht, vom 17. Dezember 1969 an den Präsidenten der Bundesrepublik, einen Vertrag über die Herstellung völkerrechtlicher Beziehungen zwischen der DDR und der BRD abzuschließen. Ich verweise hier nur auf die Gespräche zwischen dem Staatssekretär beim